

Neuanfang nutzen. Mit einem neuen Bündnis der Demokratie

**Beschluss vom digitalen Deutschlandrat der Jungen Union Deutschlands
am 07. März 2021 in Ludwigshafen**

1 Vier Jahre lang hat Donald Trumps "Twitter-Außenpolitik" das transatlantische Vertrauensverhältnis
2 strapaziert. Mit dem Amtsantritt von Joe Biden als 46. US-Präsident gibt es für die transatlantischen
3 Beziehungen einen Neuanfang. Der Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen und die
4 WHO markieren erste konkrete Schritte und den Willen der USA, den weltweiten
5 Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Deshalb gilt es gerade jetzt diesen Neuanfang zu
6 nutzen, um in einem neuen Bündnis der westlichen Demokratien gemeinsam auf die globalen
7 Herausforderungen und die Bedrohungen der freien Welt zu antworten.

8 Um daraus ein Bündnis der Demokratien entstehen zu lassen, müssen Deutschland und Europa aktiv
9 werden. Als fester Teil des Westens und der transatlantischen Allianz wird es nicht länger
10 ausreichen, nur auf Initiativen unserer amerikanischen Freunde zu reagieren. Stattdessen braucht es
11 aktive Impulse Europas, wie Europa und die USA gemeinsam gegenüber Russland und China, im
12 Nahen Osten oder auf dem afrikanischen Kontinent auftreten. Impulse zu geben heißt, mehr
13 Verantwortung zu übernehmen. Diplomatisch wie in Handelsfragen, aber auch sicherheitspolitisch
14 und militärisch.

15 Die Junge Union spricht sich deshalb für ein Gipfeltreffen der Demokratien aus, das von der
16 Europäischen Union gemeinsam mit den USA initiiert wird, um eine gemeinsame Agenda der
17 Demokratien in einer sich verändernden Welt zu entwerfen. Unser oberstes Ziel muss es dabei sein,
18 in der Weltgemeinschaft die gemeinsamen Werte von Freiheits- und Menschenrechten zu
19 verteidigen. Außenpolitik muss wertegeleitet sein. Ein selbstbewusster Westen darf die
20 gemeinsamen Interessen dabei jedoch nicht außer Acht lassen und muss diese in der Welt
21 selbstbewusst vertreten. Dazu zählt ein regelbasierter Multilateralismus ebenso wie der
22 gemeinsame Kampf für unsere Sicherheit. Als westliche Demokratien dürfen wir nicht davor
23 zurückschrecken, aktiv statt lediglich reaktiv, außenpolitische Initiativen zu ergreifen. Um unsere
24 Werte und Interessen dabei jedoch wirkungsvoll vertreten zu können, brauchen wir mehr Partner in
25 anderen Teilen der Welt, die unsere Werte und Interessen teilen. Insbesondere Israel, Indien,
26 Australien, Japan und Südkorea kommen dabei strategische Schlüsselpositionen in ihren jeweiligen
27 Regionen zu.

28 **Gemeinsam klarer Kurs für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie**

29 Unser demokratisches Werteverständnis basiert auf dem solidarischen Umgang miteinander, dem
30 Bekenntnis zur Freiheit und der Achtung der Menschenwürde. Als westliche Demokratien wollen wir
31 autoritären, freiheitsraubenden und antidemokratischen Staatsformen in anderen Teilen der Welt
32 Freiheit und unsere offene Gesellschaft bewusst entgegensetzen. Es darf uns daher nicht egal sein,
33 dass Menschenrechte, Demokratie und Völkerrecht selbst inmitten Europas nicht nur ignoriert,
34 sondern gewaltsam niedergeschmettert werden.

35 Für die westlichen Demokratien muss gemeinsam klar sein: Wir sind solidarisch mit der mutigen
36 Opposition in Belarus, die vom dortigen Regime seit Monaten gewaltsam unterdrückt und
37 eingeschüchtert werden soll. Darum fordern wir eine, mit den USA und dem Vereinigten Königreich
38 abgestimmte, zügige Umsetzung des vierten Sanktionspakets, um den Druck auf Diktator
39 Lukaschenka und sein Umfeld spürbar zu erhöhen. Als Junge Union setzen wir uns dafür ein, der
40 jungen Generation des Landes, die nach Veränderung, Selbstbestimmung und Freiheit strebt,
41 Perspektiven zu eröffnen. Eine Öffnung des ERASMUS Programms für Studenten aus Belarus, die
42 aus politischen Gründen von Studium und Auslandsaufenthalten ausgeschlossen werden, wäre ein
43 sichtbares Zeichen an die junge Opposition in Belarus. Wir fordern die CDU/CSU-Gruppe im
44 Europäischen Parlament auf, gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine solche Öffnung
45 schnellstmöglich herbeizuführen.

46 Auch in den weiteren Regionen Europas und der Welt dürfen unsere Werte nicht verhandelbar sein.
47 Wir bekennen uns darum zur territorialen Integrität der Ukraine, die von russischen Separatisten
48 seit Jahren missachtet wird. Wir verurteilen den Umgang der russischen Regierung mit der dortigen
49 Opposition und stellen uns gegen die fortwährenden russischen Interventionen in Syrien, die neben
50 dem unsäglichen Leiden der dortigen Bevölkerung auch zu einer strategischen Stärkung des Irans
51 und damit zu einer Bedrohung Israels führen. Damit solche Appelle jedoch mehr als Worte bleiben,
52 muss der Westen mit einer Stimme sprechen und außenpolitisch handlungsfähig werden. Hierfür
53 braucht es zunächst ein Handlungsfähigkeit Europas in der Außenpolitik. Denn eine starke
54 transatlantischen Beziehung auf Augenhöhe ist vor allem dann gegeben, wenn Europa mit einer
55 Stimme spricht. Die Voraussetzung für ein gemeinsames europäisches Auftreten nach Außen ist
56 Einigkeit im Inneren. Wir brauchen daher zunächst eine ehrliche Diskussion und Definition der
57 gemeinsamen außenpolitischen Ziele, die die Mitgliedsstaaten mittel- und langfristig verfolgen
58 wollen. Diese Ziele müssen in einem gemeinsamen Strategiepapier zusammengetragen werden. Am
59 Anfang dieses Prozesses müssen gegenseitiges Verständnis für und der Wille zu gemeinsamen
60 Antworten auf strategische Interessen einzelner Staaten stehen. Gerade nach dem Brexit muss sich
61 Deutschland in diesem Prozess gemeinsam mit Frankreich seiner gewachsenen Verantwortung
62 stellen.

63 **Einen demokratischen, transatlantischen Wirtschaftsraum schaffen**

64 Der erste Schritt hin zu einer glaubwürdigen, handlungsfähigen europäischen Außenpolitik ist es, im
65 Bereich der Handelspolitik alte Reflexe zu überwinden und der neuen pazifischen Freihandelszone
66 unter chinesischer Führung mit einer transatlantischen Freihandelszone einen demokratischen und
67 freiheitlichen Wirtschaftsraum entgegenzusetzen. Als Junge Union erwarten wir daher von der
68 Bundesregierung, auf europäischer Ebene einen solchen Vorstoß für ein neues
69 Freihandelsabkommen mit den USA zu initiieren.

70 Dabei geht es um nicht weniger als die Frage, wer die Standards im globalen Handel und damit in
71 der globalen Wirtschaftsordnung setzt. Handelspolitik ist viel mehr längst zur strategischen
72 Außenpolitik geworden. Dies zeigt nicht zuletzt die immer größer werdende Rolle Chinas in den
73 Schwellenländern Zentralasiens, Afrikas oder Lateinamerikas. Zugleich kann die EU in der
74 Handelspolitik ihr Gewicht als größter Binnenmarkt der Welt direkt in außenpolitisches Gewicht
75 übersetzen. Protektionistische Reflexe, wie sie beim gescheiterten TTIP-Abkommen deutlich
76 wurden oder am stagnierenden Ratifizierungsprozess zum EU-MERCOSUR-Abkommens deutlich
77 werden, müssen nicht zuletzt auch deshalb der Vergangenheit angehören. Denn klar ist:
78 Menschenrechte, Arbeitsschutz oder Verbraucherschutzstandards, aber auch die Klimaziele der EU
79 können ihre Wirksamkeit nur dann voll entfalten, wenn es uns gelingt, andere Regionen auch mit
80 wirtschaftlichen Vorteilen davon zu überzeugen.

81 Dabei muss insbesondere der afrikanische Kontinent, ebenso wie Lateinamerika in den Fokus des
82 transatlantischen Bündnisses rücken und dieses Bündnis für die Staaten dieser Kontinente
83 anschlussfähig gemacht werden. Nicht zuletzt, um den hegemonialen Bestrebungen Chinas in
84 diesen Regionen entgegenzutreten. Voraussetzung dafür sind in beiden Fällen Partnerschaften auf
85 Augenhöhe. Ansätze der modernen Entwicklungszusammenarbeit in Kombination mit
86 Investitionshilfen und Marktzugängen zum europäischen und transatlantischen Wirtschaftsraum
87 sind hierzu erste Schritte.

88 Um den demokratischen Wirtschaftsraum für Schwellenländer attraktiv zu machen, kommt Indien
89 als zweitgrößtem Schwellenland und größter Demokratie der Welt eine strategische Schlüsselrolle
90 zu. Die seit 2012 zum Erliegen gekommenen Verhandlungen eines europäisch-indischen
91 Freihandelsabkommens sollten daher durch eine neue Initiative der EU wiederaufgenommen
92 werden. Ein europäisch-indisches Handelsabkommen wäre eine Voraussetzung dafür, aus einem
93 transatlantischen und einem europäisch-indischen Wirtschaftsraum einen globalen demokratischen
94 Wirtschaftsraum entstehen lassen zu können.

95 **Unser freiheitliches Wirtschafts- und Lebensmodell gemeinsam verteidigen**

96 Das freiheitliche Modell der liberalen und sozialen Marktwirtschaft hat die westlichen Demokratien
97 in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirtschaftlich und außenpolitisch stark gemacht. Diese
98 wirtschaftliche Vormachtstellung wird von Chinas gelenkter und politisch autoritärer
99 Marktwirtschaft herausgefordert. Beispielhaft dafür stehen die "Belt and Road"-Initiative, die "Made
100 in China 2025"-Strategie und das politische Ziel, zum 100. Geburtstag der Volksrepublik China im
101 Jahr 2049 weltweiter Technologieführer zu sein. Im Schatten dieses wirtschaftlichen Aufstiegs
102 stehen das Hegemonialstreben der kommunistischen Partei durch eine zunehmende Kontrolle der
103 Seewege im südchinesischen Meer, gegenüber der Demokratiebewegung in Hongkong, durch die
104 Einschüchterungsversuche gegenüber Taiwan oder die Verfolgung der Uiguren im Norden des
105 Landes. Über diese Entwicklungen dürfen wir weder hinwegsehen noch sie wirtschaftlichen
106 Interessen immer wieder unterordnen. Voraussetzung dafür ist, dass die zunehmende Trägheit der
107 westlichen Demokratien einer klaren Artikulation unserer Interessen weichen muss,
108 sicherheitspolitisch wie wirtschaftlich.

109 Um der wirtschaftlichen Dominanz Chinas entgegenzutreten, darf Europa vor allem nicht den
110 Anschluss in zentralen Zukunftstechnologien nicht verlieren. Dies beginnt mit einem gemeinsamen
111 Auftreten des Westens bei grundlegenden Fragen wie dem Zugang zu Rohstoffen und seltenen
112 Erden, der zunehmend von China kontrolliert wird.

113 Darüber hinaus muss die EU gleichwertige Wettbewerbsbedingungen zwischen und innerhalb des
114 chinesischen und europäischen Binnenmarktes schaffen. Dies beginnt mit einer Nachschärfung des
115 europäischen Wettbewerbs- und Beihilferechts, insbesondere für den Fall staatlich finanzierter
116 Übernahmen europäische Technologieunternehmen bis hin zur Unterbindung von staatlich
117 finanzierten Unternehmensübernahmen durch chinesische Investoren. Zugleich darf es bei der
118 Kritik an einer unzureichenden Öffnung des chinesischen Binnenmarktes für europäische Anbieter
119 nicht bei leeren Worten bleiben. Sofern sich etwas im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe der
120 chinesische Markt nicht weiter für europäische Anbieter öffnet, darf chinesischen Anbietern im
121 europäischen Binnenmarkt nicht länger ein weitergehender Marktzugang gewährt werden.

122 Darüber hinaus muss die transatlantische Freihandelszone einen Fokus darauf legen, Innovation
123 innerhalb des demokratischen Wirtschaftsraums zu fördern. Dazu gehören einerseits Investitionen
124 in die digitale und analoge Infrastruktur ebenso wie in Bildung, Forschung und Entwicklung und
125 andererseits eine verstärkte Kooperation innerhalb des demokratischen Wirtschaftsraums im
126 Rahmen eines fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Die asiatischen Demokratien können
127 hierfür wichtige Partner sein.

128 **Außenpolitische Zusammenarbeit der Demokratien durch eine zeitgemäße**
129 **Sicherheitsarchitektur glaubwürdig machen**

130 Ein außenpolitisch zunehmend aggressiv agierendes Russland ebenso wie ein zur militärischen,
131 wirtschaftlichen und technologischen Weltmacht aufsteigendes China bilden den Rahmen einer
132 neuen sicherheitspolitisch-strategischen Realität, der sich die westlichen Demokratien stellen
133 müssen.

134 Unsere Sicherheitsarchitektur des 21. Jahrhunderts hat auch künftig zwei starke Säulen. Unser
135 zentrales Verteidigungsbündnis bleibt die NATO. Die kollektive Sicherheitsgarantie des Bündnisses
136 mit ihrer Verbindung aus Entlastung und Verantwortung ermöglicht auch 65 Jahre nach Gründung
137 der NATO, Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand in Sicherheit. Aufgrund zahlreicher neuer
138 Bedrohungen ist das Bündnis auch heute elementar für die deutsche und europäische Sicherheit.
139 Neben dem Schutz des Bündnisgebietes sind wir beim Kampf gegen den globalen Terrorismus,
140 gegen politische Desinformationskampagnen oder für den Schutz kritischer Infrastrukturen vor
141 Cyberangriffen auch heute auf die Kooperation und den Informationsaustausch innerhalb des
142 Bündnisses angewiesen. Neben der NATO und als integraler Bestandteil der NATO Architektur
143 bildet die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die zweite Säule
144 der deutschen Sicherheitsarchitektur.

145 Die Grundlage beider Systeme ist eine vertrauensvolle Kooperation, die es uns ermöglicht, auf neue
146 grenzüberschreitende Bedrohungs- und Gefährdungslagen zeitgemäße Antworten zu geben. Ein
147 Beispiel hierfür sind die sicherheitspolitischen Entwicklungen in den Bereichen Space und Cyber.
148 Insbesondere im Bereich Cyber stehen Deutschland und Europa einer neuen Bedrohungslage
149 gegenüber. Nahezu täglich werden öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser oder Unternehmen
150 Opfer von Cyberangriffen, um Daten und Innovationen abzugreifen. Vor dem Hintergrund dieser
151 Entwicklung müssen Deutschland und die EU gemeinsame Cyber-Abwehrstrukturen aufbauen, um
152 neben kritischen Infrastrukturen auch Bereiche des täglichen Lebens wirkungsvoll zu schützen. Dies
153 umfasst auch die Möglichkeit, Hackbacks durchführen zu können, um weitere Angriffe zu
154 verhindern.

155 Weitere Schritte hin zu einer wirkungsvollen Cyberabwehr sind eine stärkere Abbildung von
156 Cyberangriffen in den Szenarien der Landes- und Bündnisverteidigung von NATO und EU sowie eine
157 verstärkte Förderung des NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence und des NATO
158 Space Operations Centre in Rammstein.

159 Im Bereich Space muss der Begriff Responsive Space mit Leben gefüllt werden. Sowohl im Cyber- als
160 auch im Space-Bereich gilt es zudem, im Sinne des Bündnisses der Demokratien Kooperationen von

161 NATO und EU mit Staaten wie Japan oder Israel zu fördern, die hier bereits über detaillierte eigene
162 Expertise verfügen oder im Begriff sind, diese aufzubauen.

163 Die NATO als zentrales Verteidigungsbündnis der westlichen Demokratien muss auf diplomatischer
164 Ebene politischer und auf allen Ebenen reaktionsschneller werden. Einen ersten Schritt hierzu bilden
165 die 138 Empfehlungen der NATO Reflection-Group. Insbesondere die frühzeitige Förderung
166 disruptiver Verteidigungstechnologien, die Priorisierung Osteuropas, des Nahen Ostens und des
167 arktischen Raums als geografisch-strategisch relevante Räume sowie die Ausweitung der maritimen
168 Fähigkeiten des Bündnisses sollten auf militärischer Ebene vorangetrieben werden. Auf politischer
169 Ebene kann eine Stärkung des Generalsekretärs zu neuer Dynamik beitragen.

170 Die zukünftige Handlungsfähigkeit der NATO hängt maßgeblich vom Gestaltungswillen Europas ab.
171 Die finanzielle Ausstattung des europäischen Verteidigungsfonds in der mittelfristigen
172 Finanzplanung der EU deutlich abzusenken, konterkariert daher das gemeinsame strategische
173 Interesse Europas, sicherheitspolitisch leistungsfähiger und damit außenpolitisch glaubwürdiger zu
174 werden. Dasselbe gilt für Partikularinteressen der Mitgliedsstaaten, die das außen- und
175 sicherheitspolitische Bild Europas nach wie vor prägen und der Vergangenheit angehören müssen.